

... so sieht's die CDH

► **CDH fordert Steuerentlastungen als Inflationsausgleich**

Die derzeit hohe Inflation und vor allem die Explosion der Energiepreise belasten auch die Unternehmen im Wirtschaftsbereich der Handelsvermittlung auf der Großhandelsstufe in besonderem Maße. Ab dem 1. September, nach dem geplanten Auslaufen des sogenannten Tankrabatts, wird sich die Kostenbelastung der Handelsvertreter noch drastisch verschärfen.

Außer mit deutlich höheren Kosten, haben die Handelsvertreter vieler Branchen, in erster Linie in Konsumgüterbranchen, gleichzeitig aber auch mit stark zurückgehenden Geschäften durch die inflationsbedingte Kaufzurückhaltung der Konsumenten zu kämpfen. Über alle Branchen betrachtet, leiden zudem über 60 Prozent der Handelsvertreter unter Umsatzeinbußen wegen Kriegs- und Corona-bedingten Lieferengpässen.

In dieser Situation fordert die CDH deshalb die Beibehaltung der Steuersenkungen auf Kraftstoffe, bis sich die Kraftstoffpreise auf den Märkten wieder normalisieren.

Zur Dämpfung der hohen Inflation und Steigerung der Kaufkraft fordert die CDH auch die maximal mögliche bzw. nach EU-Recht zulässige Senkung der Steuern, einschließlich der Mehrwertsteuer, auf andere Energieträger, wie Heizöl, Erdgas und Strom.

Außerdem fordert die CDH einen substantiellen Abbau der kalten Progression der Einkommenssteuer um eine Lohn-Preis-Spirale zu vermeiden und den Konsum anzuregen. Wenn schon keine automatische fortlaufende Anpassung des Einkommenssteuertarifes an die Inflationsrate eingeführt wird, müssten wenigstens die Steuerentlastungspläne von Bundesfinanzminister Lindner jetzt zügig in die Tat umgesetzt werden.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen sollte nach Auffassung der CDH nicht durch höhere Schulden, sondern durch den konsequenten Abbau von ineffizienten Einzelsubventionen erfolgen.

Diese Forderungen nach Steuerentlastungen als Inflationsausgleich hat die CDH heute in einem persönlichen Schreiben an Bundeminister Christian Lindner erhoben.

Berlin, den 11. August 2022